

Unikliniken: Ein krankes System



Abgeklemt: Die Einnahmen der Unikliniken decken nicht mehr die Ausgaben. | Foto: dpa

Magdeburg. Fieberhaft sucht die Politik nach einem Heilmittel für die Unikliniken Halle und Magdeburg, die Millionen-Defizite produzieren. Einige Fehlentwicklungen sind bundesweit zu beobachten - drei sind eine Besonderheit von Sachsen-Anhalt.

1. Viele Ärzte überweisen zunehmend in andere Bundesländer.

Die AOK Sachsen-Anhalt beobachtet diesen Trend seit Jahren: Die Ausgaben für Krankenversorgung jenseits der

Landesgrenze gehen steil nach oben. 2012 musste die Kasse fast ein Drittel mehr Geld in andere Bundesländer überweisen als noch 2008. In einigen Fällen sei die Behandlung bei auswärtigen Spezialisten auch sinnvoll, sagt AOK-Sprecher Andreas Arnsfeld. "Aber fast alle anderen Leistungen bieten auch die Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt." Allein die Medizinische Hochschule Hannover, die Charité in Berlin und die Uniklinik Leipzig haben im vergangenen Jahr 100 Millionen Euro von der AOK Sachsen-Anhalt kassiert. "Dieser Betrag könnte locker halbiert werden, wenn die niedergelassenen Ärzte anders überweisen würden", ärgert sich Ärztekammer-Präsidentin Simone Heinemann-Meerz, "den meisten Kollegen ist gar nicht klar, was sie da anrichten." Sie hat sich vorgenommen, die Ärzteschaft über die Konsequenzen ihres Verhaltens aufzuklären.

2. Niemand will für die Rechtsmedizin bezahlen.

Ein jahrelanger Streitpunkt ohne Lösung ist die Finanzierung der Rechtsmedizin. Beide Unikliniken, Magdeburg und Halle, haben ein eigenes Institut, in dem die Medizinstudenten forensisches Wissen erwerben. Den Großteil ihrer Arbeit leisten die Experten allerdings für verschiedene Landesbehörden. Die Polizei lässt Opfer von Körperverletzungen untersuchen, Richter ordnen die Obduktion von Leichen an, und auch das Sozialministerium greift auf die Forensiker zurück. Das beschert den beiden Unikliniken zusammen ein jährliches Defizit von 1,5 Millionen Euro.

Wissenschaftsminister Hartmut Möllring (CDU) hält einen Standort für ausreichend und verweist auf seine Erfahrung aus Niedersachsen. Dort gibt es ebenfalls zwei Institute, in Göttingen und Hannover - allerdings hat das Nachbarland dreimal so viele Einwohner. Wie es weitergeht, ist offen. "Eine endgültige Aussage zur Finanzierung der Rechtsmedizin über das Jahr 2014 hinaus wird es voraussichtlich erst nach einer grundlegenden Entscheidung der Landesregierung zur Restrukturierung der Universitätsmedizin in Sachsen-Anhalt geben", heißt es aus Möllrings Haus.

3. Sachsen-Anhalt ist überversorgt.

Nur 82 Kilometer liegen zwischen den Unikliniken Magdeburg und Halle. Dennoch will die Landesregierung auf keinen der Standorte verzichten. Das ähnlich große Thüringen kommt mit nur einer Uniklinik aus. Sachsen hat zwei Standorte, allerdings fast doppelt so viele Einwohner. Die Überversorgung zeigt sich auch in einer anderen Statistik: Auf 100000 Einwohner kommen bundesweit 63 Uniklinik-Betten - in Sachsen-Anhalt sind es 93.

Die anderen Krankenhäuser kommen mit ihrem ebenfalls spezialisierten Angebot noch dazu. "Das ist völlig überdimensioniert", urteilt Ärztekammer-Präsidentin Heinemann-Meerz. Beispiel Geburtskliniken: In Magdeburg steht parallel in drei Krankenhäusern alles bereit, um eine Geburt optimal zu begleiten. Dabei ist die Zahl der Niederkünfte auf einem historischen Tiefpunkt. Beispiel Krankenpflege: In Halle organisieren vier Krankenhäuser die Ausbildung ihrer Pflegekräfte jeweils für sich allein.

Das Magdeburger Gesundheitsministerium hat die Überkapazitäten genehmigt und mit Landeszuschüssen für Investitionen gefördert. Jetzt drängt die Politik auf Kooperationen, hat aber kaum Druckmöglichkeiten.

4. Die Hochschul- Ambulanzen werden zweckentfremdet.

Alle Unikliniken haben eigene Hochschulambulanzen. Gedacht waren sie ursprünglich für Forschung und Lehre - längst aber sind sie eine zentrale Säule der Krankenversorgung. Die Einnahmen daraus decken jedoch nicht einmal die Kosten. In Sachsen-Anhalt ist die Pauschale besonders niedrig, sie liegt bei 51 Euro - mindestens doppelt so viel wäre notwendig. Zwar verhandeln Krankenkassen und Unikliniken Jahr für Jahr über diese Zahlungen. "Das Niveau verändert sich dabei aber höchstens um minimale Prozentpunkte", sagt Stephanie Strehl-Dohmen vom Verband der Universitätsklinika Deutschlands.

Zudem wird nur eine bestimmte Zahl von Fällen überhaupt vergütet. Beispiel Uniklinik Mainz: Die Ambulanzen haben dort 100000 Fälle behandelt, obwohl feststand, dass die Kassen nur für 83000 Fälle zahlen. Die Unikliniken scheuen sich, Patienten zurückzuweisen - das öffentliche Echo wäre verheerend. Im Magdeburger Landtag dachte Minister Möllring laut darüber nach, Ambulanzen könnten notfalls ein Wochenende geschlossen bleiben. "Das ist aber sicherlich nicht die beste Lösung", schob er schnell hinterher.

5. Die Ausgaben der Uni-kliniken steigen rasant.

Unter diesem Problem leiden alle Unikliniken in Deutschland: Die Kosten für Personal, Medikamente und Energie wachsen deutlich schneller als die Entgelte der Krankenkassen. Beispiel Halle: In den acht Jahren von 2005 bis 2013 stiegen die Betriebskosten von 3,9 Millionen auf 7,1 Millionen Euro - eine Zunahme von 84

Prozent. Die Einnahmen kommen nicht hinterher. Die Zahlungen der Krankenkassen werden über Landesbasisfallwerte berechnet, unterscheiden sich also je nach Bundesland. In Rheinland-Pfalz liegt der Wert am höchsten, in Sachsen-Anhalt - aber auch in Nordrhein-Westfalen - ganz unten.

Allerdings gibt es an den Unikliniken durchaus Sparpotenzial. Die Uniklinik Halle räumt das indirekt selbst ein: Sie hat gerade ihr Institut für Hygiene aufgelöst, eine Stabsstelle beim Ärztlichen Direktor soll dessen Aufgaben übernehmen. Ersparnis: 600000 Euro. Hätte die Klinikleitung früher umgesteuert, hätte sie Millionenverluste verhindern können.

6. Die Investitionszuschüsse sinken drastisch.

Alle Bundesländer schrauben ihre Zuschüsse für Investitionen herunter. Beispiel Sachsen-Anhalt: Bislang erhielten Halle und Magdeburg zusammen zwischen 12 und 13 Millionen Euro jährlich. In diesem Jahr sind nur noch drei Millionen Euro angesetzt. Die niedrigeren Zahlungen vergrößern zwar nicht direkt das Defizit, lassen die Ausstattung der Häuser aber zurückfallen.

7. Die besonderen Leistungen der Unikliniken werden nicht bezahlt.

Die schwersten Krankheitsfälle landen in der Regel in den Unikliniken: Mehrfacherkrankungen, voroperierte Fälle, Patienten kurz vor dem Tod. "Ich mache das auch sehr gern, stehe aber auch jeden Tag unter dem Druck, Geld zu verdienen", sagt ein Medizin-Professor aus Halle. Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD in Berlin verspricht Abhilfe mit einem Systemzuschlag - Entscheidungen sind bislang allerdings nicht gefallen.

URL: http://www.volksstimme.de/aboservice/volksstimme.de_newsletter/1282477_Unikliniken-Ein-krankes-System.html

© 2014 Volksstimme